

Antrag

an das 96. Landeschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Magnus Erdmann, Jannes Hagemeyer, Emma Sönksen (LSS, Stellv. LSS, SV-BBZ Rendsburg-Eckernförde)

Titel: Anwesenheit erzwingen ist autoritär –
Schulpflicht durch Bildungspflicht ersetzen

Antragstext

1 Das Landeschüler*innenparlament stellt fest, dass die bestehende Schulpflicht
2 primär physische Anwesenheit sanktioniert, ohne tatsächliches Lernen
3 sicherzustellen.

4 Internationale Bildungsforschung zeigt, dass Lernerfolg maßgeblich von
5 Motivation, Autonomie und individueller Passung abhängt. Dennoch zwingt das
6 aktuelle System Schüler*innen zur Präsenz in Strukturen, die nachweislich nicht
7 für alle funktionieren, kriminalisiert Abwesenheit, aber ignoriert
8 Bildungsversagen innerhalb des Klassenzimmers.

9 Daher fordert das Landeschüler*innenparlament die Abschaffung der reinen
10 Schulpflicht und ihre Ersetzung durch eine Bildungspflicht, die alternative
11 Lernorte, digitale Formate, projektbasiertes Lernen und selbstorganisierte
12 Bildungswege anerkennt.

13 Ein Staat, der Anwesenheit erzwingt, statt Bildung zu ermöglichen, verwechselt
14 Kontrolle mit Pädagogik. Bildungspflicht bedeutet Verantwortung, nicht
15 Beliebigkeit – und ist damit demokratischer, wirksamer und zeitgemäßer.

Begründung

Die Schulpflicht zwingt zur Anwesenheit – nicht zum Lernen. Das ist der Kern des Problems. Wer acht Stunden im Klassenraum sitzt, gilt als „gebildet“, auch wenn nichts verstanden wird. Wer andere Wege findet zu lernen, wird kriminalisiert.

Internationale Bildungsforschung zeigt klar: Autonomie, Motivation und Passung sind entscheidend für Lernerfolg. Trotzdem halten wir an einem System fest, das Kontrolle über Bildung stellt.

Bildungspflicht heißt nicht Beliebigkeit. Sie heißt Verantwortung, Vielfalt und Vertrauen. Ein Staat, der Lernen erzwingen will, aber Motivation ignoriert, hat Bildung mit Gehorsam verwechselt.